

Grenzen überwinden

Vom Nutzen der konstruktiven Zusammenarbeit: Die Internationale Bodenseekonferenz (IBK)

Mit der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) gehen die verantwortlichen Landes- und Kantonsregierungen der Bodensee-Anrainer in Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie die Regierung Liechtensteins konsequent den Weg, auf den wichtigsten Gebieten gemeinsamen Interesses konstruktiv, projektbezogen und grenzüberschreitend zusammen zu arbeiten. Aus der Fülle der Arbeit der IBK sind hier einige Handlungsfelder exemplarisch dargestellt.

Bei der Regio Bodensee handelt es sich um einen heterogenen Raum, in dem es neben dem international bedeutsamen Großraum Zürich fünf Agglomerationen – Konstanz/Kreuzlingen, Friedrichshafen/Ravensburg/Weingarten, Singen/Schaffhausen/Radolfzell, St. Gallen und Winterthur – mit überregionaler Ausstrahlung gibt. Daneben stehen Mittelzentren wie Bregenz/Dornbirn oder Feldkirch/Bludenz mit regionaler Bedeutung.

Im Bodenseeraum leben rund 3,6 Millionen Menschen. Die bevölkerungsstärksten Teilgebiete sind die Kantone Zürich (1.2 Mio.), St. Gallen (0.46 Mio.), das Bundesland Vorarlberg (0.36 Mio.) sowie die Landkreise Konstanz (0.27 Mio.), Bodenseekreis (0.21 Mio.) und Ravensburg (0.27 Mio.). Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte beträgt 256 Personen pro km. Am dichtesten besiedelt ist mit 736 Einwohnern je km² der Kanton Zürich, gefolgt von Kreis Konstanz (335 E/km²), am dünnsten besiedelt der Kanton Appenzell-Innerrhoden mit 87 E/km². Hier allerdings wird mit 14,1% bis 2015 die stärkste Zuwachsrate prognostiziert, während der Kreis Lindau und der Kanton Schaffhausen auf dem selben Stand bleiben

ZUR GESCHICHTE DER IBK

Die Internationale Bodenseekonferenz (IBK) wurde 1972 angesichts der politischen Notwendigkeit, sich in Umweltschutzfragen, insbesondere im Bereich Gewässerschutz, grenzübergreifend abzustimmen, von den Bodensee-Anrainerländern und -Kantonen ins Leben gerufen. Das bedeutete, einen Beitrag zur Überwindung von Grenzen zu leisten und ein Forum zu schaffen, in dem die deutschen Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern, das österreichische Bundesland Vorarlberg und die Schweizer Kantone Sankt Gallen, Schaffhausen und Thurgau sowie das Fürstentum Liechtenstein als Beobachter vertreten war. Die Bodenseeregion sollte damit als attraktiver Lebens-, Natur-, Kultur- und Wirtschaftsraum erhalten und gefördert werden.

Dieses Forum wurde bereits sieben Jahre später, 1979, organisatorisch reformiert, um die ständig neu auf die Bodenseekonferenz zukommenden Aufgaben bewältigen zu können. Dafür wurden neben einem Ständigen Ausschuss vor allem Kommissionen zu bestimmten Sachgebieten eingerichtet.

Entscheidend für die Vertiefung und Institutionalisierung der Kooperation war auch die Verabschiedung eines Statuts und eines Leitbilds auf der Regierungschefkonferenz 1994 in Meersburg. Außerdem wurde in Konstanz eine Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Fragen (REGIO-Büro) eingerichtet mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zu intensivieren und das gemeinschaftliche Bewusstsein in der Bodenseeregion zu stärken.

1993 traten die beiden Halbkantone Appenzell-Außer- und -Innerrhoden sowie 1998 der Kanton Zürich bei, das Fürstentum Liechtenstein, bisher nur mit Beobachterstatus, wurde



Karte des IBK-Gebiets

© IBK

formulierte, und darin als Ziel, „die unverwechselbare Eigenart und die Besonderheit dieses Raumes unter den europäischen Regionen zu erhalten und sie im Bestreben nach Einklang von Natur, Kultur und Wirtschaft weiterzuentwickeln“, beschrieb.

In der Erkenntnis der Struktur des Bodenseeraumes als Region mit verschiedenen Determinanten wurde festgestellt, dass „Kooperationsbereitschaft und regionale Zusammengehörigkeit ... entscheidende Grundlagen für eine Regionalentwicklung am Bodensee, für eine Entwicklung zu einem Bezugsraum von administrativen, wirtschaftlichen, kulturellen, verkehrlichen, ökologischen, politischen,

Vollmitglied. Damit umfasst die IBK heute 10 Mitglieder.

Im Jahr darauf wurde das erste Bodensee-Leitbild beschlossen, das Zielvorgaben für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit formuliert.

Im Januar 1995 gründeten mehr als 20 Gemeinden eine „Arbeitsgemeinschaft der Bodensee-Ufergemeinden“, um sich bei der Lösung ähnlich gelagerter Probleme abzustimmen.

2003 schließlich wurde die bisherige Beratungsstelle „Regio-Büro“ in Konstanz in eine echte Geschäftsstelle umgewandelt und sorgt jetzt nicht nur für eine wirkungsvolle Zusammenarbeit innerhalb der IBK, sondern ist auch zentrale Anlaufstelle für Bürger.

DAS LEITBILD VON 1994

Das 1994 erarbeitete Leitbild war eine Fortschreibung der „Leitlinie für die weitere Arbeit der Internationalen Bodenseekonferenz“, die von der 11. Konferenz der Regierungs- bzw. Ressortchefs im Februar 1990 in Feldkirch beschlossen worden war. Es war gleichermaßen Positionsbestimmung, wie es eine „grenzüberschreitende längerfristige Entwicklungsperspektive für die Region um den Bodensee“

wissenschaftlichen und touristischen Beziehungen und Tätigkeiten“ seien. Damit war das Tätigkeitsfeld der IBK über die gemeinsamen Interessen am Fischereigewässer, am Trinkwasserspeicher und an der touristischen Landschaft hinausgewachsen.

Als konkrete Entwicklungsziele wurden einerseits die regionale Raumordnung, andererseits das Wirtschafts-, Sozial- und Bildungsgefüge genannt. Damit war ein Handlungsbedarf auf den Gebieten Wohnen und Siedlung, Arbeit und Wirtschaft, Umwelt, Natur und Erholung, Verkehr und Telekommunikation, Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie Gesundheit und Soziales beschrieben. Diese sechs Handlungsfelder, die untereinander sehr stark verflochten sind, waren im Folgenden mittels synergetischer Beschlüsse als Entwicklungsprogramm für die Bodenseeregion umzusetzen.

DAS LEITBILD VON 2008

In der gegenwärtigen Diskussion soll dieses inzwischen in die Jahre gekommene Leitbild an neue Zeitumstände und an eine grenzüberschreitende Organisation angepasst werden, die größer und bedeutender geworden ist. Der neue Entwurf will einerseits den komplexen

Raum weiter vernetzen und damit stärken. Das Zugehörigkeitsgefühl zur Bodenseeregion soll gestärkt und über eine gemeinsame Darstellung in der Öffentlichkeit auch nach außen hin vertreten werden. Die Arbeit der IBK will auch bei den Bewohnern selbst das Bewusstsein einer regionalen Identität wachsen lassen. Andererseits wird das Vorhandensein mehrerer Zentren in diesem Raum anerkannt, was jedoch durch Konkurrenzdenken Reibungsverluste bewirken könnte. Deren vorhandene Potenziale sind also durch abgestimmte Strategien und gemeinsame Projekte zu bündeln. Damit nimmt die IBK gleichsam eine Vorbild- und Vorreiterrolle für eine „europäische interregionale Zusammenarbeit“ für sich in Anspruch, wie sie auch selbst Führung und Koordination für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Bodenseeregion übernimmt.

Im Unterschied etwa zur PAMINA sind in der IBK sowohl EU-Länder als auch Nicht-EU-Länder vertreten: Die Schweiz ist nicht Mitglied, Liechtenstein genießt seit 1995 einen umfassenden Assoziationsstatus zur EU. Grenzbedingte Hemmnisse sind daher am Bodensee häufiger als in der EU zu finden und nach den Zielen der IBK abzubauen, ebenso wie die regionale Zusammenarbeit durch grenzüberschreitende Netzwerke und Kooperationen gefördert werden soll. In der Praxis geschieht das durch nachbarschaftlichen Dialog und Erfahrungsaustausch, die nicht mehr einzeln angegangen werden müssen, sondern für die die IBK einen Rahmen gibt.

Die IBK nimmt als Institution nicht in Anspruch, alle Felder der Zusammenarbeit und der Stärkung der Region selbst zu besetzen, sondern achtet den Grundsatz der Subsidiarität, was bedeutet, dass sie selbst nur dann eintritt, wenn die Aufgaben von einem oder mehreren Betroffenen Partnern nicht mehr alleine gelöst werden können.

Die konkreten Ziele der Arbeit der IBK stehen unter dem Grundsatz, eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, was bedeutet, dass ganzheitliche und auf Langfristigkeit angelegte Lösungskonzepte im Vordergrund stehen. Die Förderung des Wirtschaftsstandorts (mit hoher Lebensqualität, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumspotenzial) ist ebenso Ziel

wie Sicherung und Fortentwicklung von Kulturlandschaft und Naturraum.

Als Handlungsfelder der IBK für die grenzüberschreitende Kooperation werden genannt:

- Bildung, Wissenschaft und Forschung
- Kultur
- Umwelt, Energie und Natur
- Verkehr
- Wirtschaft und Arbeit
- Gesundheit und Soziales
- Raumentwicklung

DIE INTERNATIONALE BODENSEE-HOCHSCHULE (IBH)

Im Dezember 1998 beschloss die Internationale Bodenseekonferenz (IBK), die regionale grenzüberschreitende Hochschulzusammenarbeit zu fördern. Eine provisorisch eingerichtete Geschäftsstelle, die für drei Jahre mit einem Budget von jährlich 100 000 Euro dotiert wurde, sollte die Tragfähigkeit der Idee eines Netzwerks und die Entwicklungsmöglichkeiten ausloten. Ein Jahr später wurde auf Einladung des Rektors Prof. Olaf Harder das Büro Stabstelle an der Fachhochschule (jetzt: HTWG) Konstanz eingerichtet. In einer Bestandsaufnahme wurde an allen Hochschulen der Region für die Idee des Verbunds geworben und bestehende und potentielle Kooperationen beschrieben. Ein Symposium im Juni 2000 in Bregenz gab daraufhin einen Überblick über das Potential der Hochschulzusammenarbeit.

Im Juli desselben Jahres gründeten die elf Rektoren der künftigen Mitglieder der Internationalen Bodenseehochschule die Regio-Rektorenkonferenz zur Abstimmung in strategischen, formalen und finanziellen Fragen. Sprecher wurde Prof. Olaf Harder.

2001 legte der Vorsitzende der IBK-Kommission „Bildung, Wissenschaft und Forschung“, Peter Wieser, den Regierungschefs der IBK ein mehrstufiges Konzept zur Fortentwicklung des Hochschulverbundes vor. Mit der Gründung des Kooperationsrats, der Verabschiedung der Statuten und der Wahl des Vorstands am 17. Juni 2002 war der Gründungsprozess der IBH abgeschlossen. Zum Vorsitzenden wurde Prof. Dr. Gerhart von Graevenitz, Rektor der Universität Konstanz,

gewählt, Prof. Dr. Erwin Beck, Rektor der PH Rorschach, und Dr. Guntram Feuerstein, ehemaliger Rektor der FH Vorarlberg, zu Stellvertretern. Prof. Olaf Harder wurde zum Ehrenmitglied des Vorstandes ernannt.

Zielsetzung und Erfolgskontrolle der IBH obliegen seit September 2002 der Bodensee-Hochschulkonferenz in St. Gallen, die sich aus den für das Hochschulwesen in der IBK zuständigen Ministern, Regierungsräten und Landräten zusammensetzt. Ihr legt der Vorsitzende der IBH alle zwei Jahre Rechenschaft ab. Sie unterstützt den Verbund im Rahmen einer Leistungsvereinbarung für drei Jahre mit 1,5 Millionen Euro. Die Geschäftsstelle wurde im September 2002 in Kreuzlingen eingerichtet. Den ersten Zwischenbericht erhielt die Bodensee-Hochschulkonferenz im September 2004, worauf sie eine 2. Leistungsvereinbarung über die Jahre 2006–2010 verabschiedete und dem Verbund weiterhin eine Förderung von jährlich 500 000 Euro aus Mitteln eines Interreg-III-A-Programms zusagte.

Im Oktober 2006 billigte die turnusmäßig tagende Hochschulkonferenz den Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden, Prof. Graevenitz. Die IBH umfasste inzwischen 25 Hochschulen aus Deutschland, Österreich, Liechtenstein und der Schweiz. Professor von Graevenitz verdeutlichte, was auf der Grundlage der ersten Leistungsvereinbarung zwischen IBK und IBH von 2003 bis 2006 für den Bildungsraum Bodensee erreicht wurde. Gemeinsame Studiengänge konnten ins Leben gerufen werden, der Technologie- und Wissenstransfer zwischen den Universitäten der Bodenseeregion wurde vereinfacht, Einrichtungen und Daten werden gemeinsam genutzt und die Wege zwischen den Hochschulen verkürzt. Mit der IBH könne man so im Bodenseeraum erstens schneller auf die Erfordernisse der Wirtschaft reagieren und zweitens die Kriterien der „Bologna-Erklärung“ der Europäischen Union hinsichtlich der Vereinheitlichung des europäischen Bildungsraums besser erfüllen.

Für die Weiterarbeit skizzierte Professor von Graevenitz das Ziel, den Bodenseeraum noch stärker als einheitlichen Bildungs-, Innovations- und Forschungsraum zu begreifen. Über die bloße Auslotung des Entwicklungs-

potentials hinaus sollten Schwerpunkte innerhalb des internationalen Hochschulverbundes gesetzt werden, unter denen die Mikro- und Nanotechnologie (MNT) eine große Rolle spielen würden.

Die IBK-Regierungschefkonferenz bekräftigte am 1. Dezember 2006 in Zürich die Beschlüsse der BHK.

Eines der deutlichsten Ergebnisse der konkreten Zusammenarbeit im Hochschulsektor war die Studie „Innovationsindikator 2006“ des „Bundes deutscher Industrie“ (BDI) und der Deutschen Telekom-Stiftung, die Baden-Württemberg als „Innovationsstarkes Gebiet“ nannte und dabei den Hochschulverbund IBH besonders hervorhob.

Dass die IBH auch für die beteiligten Menschen konkrete Ziele verfolgt, zeigt sich im jüngsten Projekt, der Förderung dualer Karrieren an den Hochschulen. Sieben deutsche und Schweizer Hochschulen kooperieren hier grenzüberschreitend als Projekt des Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg und der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH) miteinander. Grundlage ist die Beobachtung, dass Ehepartner von Wissenschaftlern, die meist ebenso hochqualifiziert sind wie diese, berufliche Zugeständnisse machen oder eine Pendelbeziehung eingehen mussten. Das aber hindert die Wissenschaftler an der Entwicklung langfristiger Perspektiven und wirkt sich nachteilig auf die Qualität des Wissenschaftsstandorts aus. Hauptbestandteil des Projekts ist daher die Einrichtung von Servicestellen zur Beratung von Angehörigen, die ihre eigene berufliche Karriere am neuen Wohnort weiterverfolgen wollen. Das Konstanzer Projekt sieht sich dabei als Pilotprojekt für die Entwicklung eines landesweiten Doppel-Karriereprogramms in den nächsten Jahren. Es wird vom Wissenschaftsministerium über einen Zeitraum von drei Jahren mit insgesamt rund 400 000 Euro gefördert.

KULTUR

Kultur im allgemeinen Sinn ist wichtiger Bestandteil des Tourismus, bietet aber auch den Bürgern der Bodenseeregion in ihren viel-

fältigen Formen zahlreiche Möglichkeiten, sich näher zu kommen und sich besser zu verstehen.

Gemeinsame Erfahrungen von Kultur können dazu beitragen, dass nationalstaatliche Grenzen im Bewusstsein an Bedeutung verlieren und dass neben dem nationalen Bewusstsein ein Regionalbewusstsein entsteht. Die IBK hat sich daher zum Ziel gesetzt – und das auch so im neuen Leitbild verankert –, außer den „kulturlandschaftlich bedeutsamen Elementen“ auch und besonders herausragendes kulturelles Schaffen grenzüberschreitend zu fördern und ihm den notwendigen Rang im öffentlichen Bewusstsein zu geben.

Im Bereich des kulturellen Erbes bemüht sich der Verbund der Bodenseemuseen bereits seit Jahren um einen gemeinsamen Auftritt in der Öffentlichkeit. Er sieht seine satzungsgemäßen Aufgaben in der „Erhaltung und För-

derung des kulturellen Reichtums der Bodenseelandschaft, besonders der Kulturgüter in Schlössern und Museen der Region“. Dafür sind alle Instrumente der Zusammenarbeit und der Vernetzung vorgesehen. Davon ist allerdings bis jetzt nur ein gemeinsamer Internet-Auftritt verwirklicht (www.bodenseemuseen.org), der die beteiligten Museen kurz vorstellt und verlinkt. Die ursprünglich vereinbarten „NüZ-Termine“ („Beim Nachbarn über den Zaun gucken“) wurden von den eingeladenen Museen zwar wahrgenommen, aber nicht so intensiv, wie es ursprünglich intendiert war. 2008 soll daher in diesem Bereich eine neue Initiative gestartet werden, die etwas dahindümpelnde Kommunikationsplattform wieder zu aktivieren. Gedacht ist dabei in erster Linie an gemeinsam konzipierte und durchgeführte Veranstaltungen zur Aus- und Weiterbildung im musealen



Das so genannte „Bemalte Zimmer“, die Steigerstube aus Flawil, Ende 18. Jahrhundert, im Historischen und Völkerkunde-Museum in St. Gallen

© HMSG

Bereich. Ein dem Oberrheinischen Museumspass vergleichbares Angebot gibt es derzeit noch nicht, steht aber auf der Liste der mittelfristigen Agenda.

Aktuelles konkretes Projekt ist in diesem Rahmen die Doppelausstellung in der Wessenberg-Galerie in Konstanz und im Napoleonmuseum Schloss Arenenberg über Kaiser Napoleon III., die ausdrücklich als grenzüberschreitendes Projekt der Museen am Bodensee konzipiert wurde.

Im Bereich des Kunstschaffens befürwortete die IBK auf ihrer Frühjahrssitzung im März 2008 in Schaffhausen für die Durchführung der vierten Triennale zeitgenössischer Kunst Oberschwaben eine finanzielle Unterstützung durch die IBK. Die seit 1998 bestehende Triennale erfülle, so die Fachkommission, durch die langfristige Ausrichtung den Anspruch der Nachhaltigkeit und werde in der jetzt konzipierten Form auch in den nächsten Jahren wichtige identitätsstiftende Akzente in der Kunstszene des gesamten Bodenseeraumes setzen können. Die 2008 vom Zeppelin-Museum in Friedrichshafen betreute und von April bis Juni 2008 in Friedrichshafen stattfindende Triennale erfährt damit nach dem Engagement der Landesstiftung eine zweite wesentliche Förderung.

In der diesjährigen Triennale thematisieren 40 Künstlerinnen und Künstler die Frage nach prägenden Themen wie Identität, Grenzen und Migration. Österreich und die Schweiz sind mit dem Künstlerhaus Thurn & Taxis in Bregenz und dem Kunstraum Kreuzlingen als Ausstellungsorte vertreten.

UMWELT, ENERGIE UND NATUR

Im Bereich des Umweltschutzes war die Sorge um die Wasserqualität des Bodensees und dessen Erhaltung als Trinkwasserspeicher schon vor der Gründung der IBK ein wichtiges Anliegen der Anrainerstaaten. Die IBK sichert hier in enger Zusammenarbeit mit der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB) nachhaltig die ökologische Stabilität des Sees und damit auch seine Funktion als Trinkwasserspeicher.

Grundlage für die Arbeit der IBK, die Folgen des Klimawandels betreffend, ist ein

Bericht, den das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft des Kantons Zürich (AWEL) 2007 gemeinsam mit der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) entwickelt hat und der die Auswirkungen des Klimawandels erstmalig gezielt für die internationale Bodenseeregion ausarbeiten sollte.

Nach dem Bericht mit dem Titel „Auswirkungen des Klimawandels und mögliche Anpassungsstrategien“ wird auch der Bodenseeraum in den kommenden Jahren von den prognostizierten Klimaveränderungen betroffen sein. Der Klimabericht 2007 des beratenden Organs für Fragen der Klimaänderung der Schweiz OcCC (Organe consultatif sur les changements climatiques) stellt fest, dass die Temperatur auf der Alpennordseite im 20. Jahrhundert stärker zugenommen hat als im globalen Mittel. Die Temperatur wird demnach bis 2050 weiter ansteigen: die mittleren Wintertemperaturen um 1,8 °C, die Sommertemperaturen um 2,7 °C. Mit einer Zunahme und einer Intensivierung von Extremereignissen – Hochwasserereignisse, Murgänge oder auch Trockenperioden – muss auch im Bodenseeraum gerechnet werden. Im Gegensatz zur Temperatur wird sich die Verteilung der Niederschlagsmenge deutlich ändern: im Winter wird vor allem in der Nordschweiz mit einer Zunahme von rund 10%, im Sommer mit einer Abnahme von gut 20% gerechnet. Für Baden-Württemberg gehen die Prognosen für 2021–2050 davon aus, dass die Sommerniederschläge zwar wenig zurückgehen, im Winter aber sowohl die Niederschlagsmenge deutlich, je nach Region bis zu 35%, als auch die Anzahl der Tage mit hohen Niederschlagsmengen zunehmen werden. Gerade diese letzteren Angaben und Einschätzungen sind für die Dimensionierung von Hochwasserschutzmaßnahmen von großer Bedeutung.

Der Klimawandel wird vermutlich bis 2050 den Lebensraum Bodensee nicht gefährden. Größeren Einfluss auf die Schutzfunktion gegenüber Naturgefahren als die Klimaänderung wird die Nutzung der Ökosysteme haben. Die Landwirtschaft wird bei ausreichender Feuchtigkeit von einer geringen Temperaturerhöhung eher profitieren. Potenzielle Ertragssteigerungen finden jedoch ihre Grenzen im Wassermangel bei hohen Temperaturen

(wie im Sommer 2003 oder – wenn auch deutlich weniger – im Juli 2006). Problematisch wird sich auf sie allerdings die Zunahme von Witterungsschwankungen und von Extremereignissen auswirken, doch wird sie stärker betroffen eher vom Strukturwandel und der Marktliberalisierung sein als von der Klimaänderung, so der Bericht.

Das gesamte Ökosystem wird vom Klimawandel in einer Reihe von Feldern betroffen sein. Dazu gehört die Biodiversität, das heißt, die Unterschiedlichkeit und die Verteilung der Tier- und Pflanzenarten. Hier wird zwar eine Reihe von Tierarten aussterben, der Verlust wird aber durch die Einwanderung neuer Tier- und Pflanzenarten aus wärmeren Gebieten nicht unproblematisch ausgeglichen werden.

Einen spürbaren Einfluss wird die Klimaänderung jedoch auf die Wasser- und Energiewirtschaft sowie auf Bauten und Infrastrukturen haben. Der Bodensee erlebte in den letzten 40 Jahren drei extreme Sommerhochwasser (1965, 1987 und 1999) und einige außerordentlich hohe Winterwasserstände (bspw. 2002/2003). Daneben gab es auch eine Reihe von sommerlichen (bspw. 2003 und 2006) und winterlichen (2005/2006) Niedrigwasserständen. Hochwasserschutzmaßnahmen werden sich an den zu erwartenden Daten ausrichten müssen.

Die Produktionseinbußen in der Landwirtschaft wegen Wassermangel wurden bereits erwähnt, Hoch- und Niedrigwasser in den Seen und Flüssen haben darüber hinaus unmittelbare Folgen – vor allem in der Schweiz – auf die Stromproduktion, die vom reduzierten Wasserangebot (Wasserkraftwerke) und von den erhöhten Wassertemperaturen (Entnahme von Kühlwasser) betroffen sein wird. Die Rheinschifffahrt wird im Sommer und Herbst verstärkt Einschränkungen ausgesetzt sein.

Die Erhöhung der Lufttemperaturen im Sommer und Winter wird unmittelbare Folgen für die Wassertemperaturen haben. Die Oberflächenschicht der Mittellandseen wird sich stärker erwärmen als das Tiefenwasser. Durch die höhere Stabilität und Dauer der Dichteschichtung wird Sauerstoffmangel im Tiefenwasser wahrscheinlicher. Die Zirkulationsphasen in den Wintermonaten treten später und verkürzt auf, der Lebensraum für Kalt-



Im Freilichtmuseum Unteruhldingen reichte beim Pfingsthochwasser 1999 das Wasser bis unter die Plattformen

© Christoph Bühler

wasserfische in den Sommermonaten wird sich weiter verkleinern und die Gefahr für Fischsterben wird ebenso steigen wie Algen sich massenhaft vermehren werden.

Vermehrte Hitzewellen und Atemwegserkrankungen werden Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Menschen negativ beeinflussen. Der Hitzesommer 2003 hat in der Schweiz zu rund 1000, europaweit zu ca. 35 000 zusätzlichen Todesfällen geführt, die Sterblichkeitsrate ist in den Monaten Juni bis August 2003 um 7% angestiegen. Ähnliche klimatische Bedingungen sind bis 2050 alle paar Jahre zu erwarten. Dazu tritt als Folge der höheren mittleren Temperaturen und bei Hitzewellen die zunehmende Gefahr von Vergiftungen aufgrund verdorbener Lebensmittel.

Klimaerwärmung und häufigeres Auftreten von Hitzewellen begünstigen hohe gesundheitsschädliche Ozonkonzentrationen. Die Pollenbelastung setzt bereits jetzt früher im Jahr ein, die Belastungszeit für Allergiker wird länger werden. Bereits 2007 warnten die Regierungspräsidenten in Baden-Württemberg vor der hochallergenen, aus mediterranen Breiten zugewanderten Ambrosia.

Für die sich daraus ergebenden Handlungsfelder und angesichts der damit verbundenen

Zielkonflikte muss die IBK koordinierend eintreten.

Darüber hinaus erstellte die Internationale Bodenseekonferenz bereits 2005 einen Statusbericht „Klimaschutz im Bodenseeraum“. Der Bericht zeigte, dass im rund 3,6 Mio. Einwohner umfassenden Bodensee-Raum der Trend bei den Energieverbräuchen weiterhin ungebrochen steigt und bei den CO₂-Emissionen aufgrund steigender Energieeffizienz bestenfalls eine Stagnation zu verzeichnen ist. In seinen Empfehlungen zeigte der Bericht bereits eine ganze Reihe von Handlungsmöglichkeiten auf.

Darauf aufbauend, wurde im Oktober 2006 der Statusbericht „Rationelle Energieumwandlung und sparsame Energienutzung“ zur Situation im Bodenseeraum angefertigt, der in den Bereichen Gebäude, Stromerzeugung und Kraftwärmekopplung, Stromverwendung, Contracting (eine innovative Finanzierungsform, die die Finanzierung von Energieeinsparmaßnahmen ermöglicht) und Verkehr Empfehlungen gibt und ganzheitliche Umsetzungsstrategien empfiehlt.

Um den Erfahrungsaustausch zum Thema Energieeffizienz zu fördern, initiiert die Kommission Umwelt regelmäßige Treffen der im

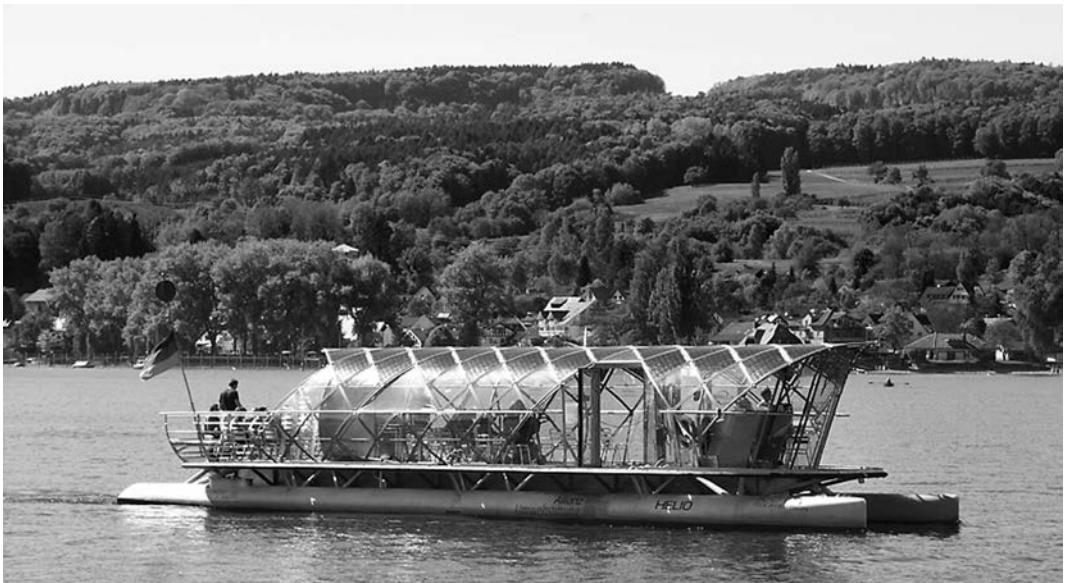


Innovation am Bodensee: Katamaran-Boote in Leichtbauweise sind energiesparender und umweltschonender als die üblichen Großschiffe. Sie verkehren im Liniendienst zwischen Konstanz und Friedrichshafen. © Tourist-Info Konstanz

Bodenseeraum tätigen Energieagenturen und Beratungsinstitutionen. Wegweisende „best practice“ Beispiele sollen darüber hinaus einem breiten Publikum über die Homepage der IBK zugänglich gemacht werden.

VERKEHR

Im Bereich des Verkehrs tritt die IBK für eine weiter verbesserte Anbindung der Gesamtregion an die internationalen Verkehrswege,



Innovation am Untersee: Das Flaggschiff der Solarboote am Untersee ist die elegante Solarfähre RA66 HELIO, zugelassen als Fahrgastschiff für den Transport von 50 Personen und 25 Fahrrädern

© R. Kirchmann



Ehemals eine grenzüberschreitende Verbindung zwischen Wil und Engen, verkehren seit 2005 die Seehas-Züge nur noch zwischen Konstanz und Engen unter Betriebsführung der SBB GmbH

© SBB

die Schließung der Lücken im grenzüberschreitenden Verkehr sowie eine bestmögliche Abstimmung von öffentlichem und Individualverkehr ein.

Eine deutliche Leistung stellt hier die Tageskarte Euroregio Bodensee dar, mit der beispielsweise eine Familie mit zwei Erwachsenen und drei Kindern einen ganzen Tag lang im Gebiet zwischen Leutkirch, Schaffhausen und Feldkirch unterwegs sein kann – so ergibt sich z. B. für die Strecke Radolfzell – Feldkirch eine attraktive Preisreduzierung auf 30%.

Für die Weiterentwicklung des Nah- und Fernverkehrs kann an das Projekt Bodan-Rail 2020 angeknüpft werden, das den Großraum Bodensee als einheitliche Planungsregion definiert und eine neue – internationale – Sichtweise gewinnt.

Es begnügt sich nicht mehr damit, Planung und Betrieb der Bahnen wie bisher nationalen Grundbedingungen zu unterwerfen, durch die der Raum Bodensee in allen drei Ländern zum Randgebiet wurde. Zahlreiche national entstandene Verbesserungsvorschläge litten unter mangelnder Koordination und unter der fehlenden Gesamtperspektive.

Das Konzept stellt einen erwünschten künftigen Zustand von Bahnnetz und Bahnbetrieb im Bodenseeraum dar, bei dem alle Teile der Region von einer wesentlich verbesserten Erreichbarkeit profitieren und es dann keine Hindernisse an den Grenzen mehr gibt. Das Konzept zeigt Lage und Häufigkeit der Zugläufe und verweist auf die erforderlichen Infrastrukturausbauten.

In der Studie gelingt der Nachweis, dass es möglich ist, die drei bisher nicht koordinierten Bahnsysteme von Deutschland, Österreich und der Schweiz in ein durchgängiges Knotensystem mit integralem Taktfahrplan einzubinden. Damit kann das Bahnangebot für den Personenverkehr massiv verbessert werden: mehr Züge, die alle im Takt verkehren, mehr und beliebig gestaltbare durchgehende Verbindungen sowie – je nach Verbindung – leichte bis erhebliche Reisezeitverkürzungen. Modellrechnungen haben durch Steigerung des Verkehrsaufkommens und höherer Auslastung die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen ergeben.

Die Erschließung des Großraums mit einer Hochgeschwindigkeitsachse, so das Konzept, bietet gegenüber einem insgesamt verbesserten Bahnnetz keine Vorteile.

Das Interreg-Projekt Bodan-Rail 2020 löste zum ersten Mal in dieser intensiven Form die Zusammenarbeit in der Bahnverkehrsplanung unter den vier Staaten im Einzugsbereich des Bodensees aus. Erstmals stehen über die Grenzen hinweg Planungsgrundlagen für die Erfassung von Zusammenhängen und Auswirkungen künftiger Maßnahmen im Personenverkehrsbereich zur Verfügung.

Aktuell ist die Bodenseeregion von den Plänen der Deutschen Bahn betroffen, zum nächsten Fahrplanwechsel den Interregio-Verkehr auf der Südbahn zwischen Ulm–Friedrichshafen–Lindau und auf der Schwarzwaldbahn zwischen Konstanz–Offenburg einzustellen. Diese Verschlechterung des Angebots ist für die IBK nicht hinzunehmen. Darüber hinaus fordert die IBK die Bundesregierung und die Deutsche Bahn AG auf, in nächster Zeit die Mittel für den Ausbau der Eisenbahnstrecke München–Memmingen–Lindau zur Verfügung zu stellen, damit auf dieser Strecke baldmöglichst Neigetechnikzüge des Fernverkehrs eingesetzt werden können. Für dringend verbesserungswürdig hält die IBK das Bahnangebot auf der Strecke Zürich–München, die derzeit von einem einzigen durchgehenden Zugpaar bedient wird. Nach einem erforderlichen Ausbau der Infrastruktur auf der Strecke München–Lindau sollen nach der Forderung der IBK hier ICE-Neigetechnikzüge eingesetzt werden.

Künftig soll in Anlehnung an die im Interreg IIIA Programm „Alpenrhein – Bodensee – Hochrhein“ formulierten Zielsetzungen im Bereich Verkehr mit Hilfe von Mobilitätsmanagement im Bodenseeraum und den angrenzenden Teilräumen generell ein umweltfreundliches und nachhaltiges Verkehrsverhalten im Ausflugs-, Einkaufs- und Berufsverkehr von der Bevölkerung sowie von Touristen gefördert werden.

Für den Bereich des Tourismus besonders interessant ist die Förderung von Ausflugsverschlüssen mit öffentlichen Verkehrsmitteln, für die die bereits erwähnte „Tageskarte Euregio Bodensee“, aber auch die Programme „Freizeit im BAYERN-TAKT“ oder „rail & relax“ des 3-Löwen-Takts Baden-Württemberg die passende Plattform bieten können. Weiterer Handlungsbedarf besteht in den Projekten Seniorenförderung im Bereich der Mobilität, grenzüberschreitende Verknüpfung der Radwegauschilderungen, grenzüberschreitendes Netzwerk von Fahrradvermietstellen mit „One-Way“ Abgabe, grenzüberschreitende Kommunikation autofreier Erlebnistage sowie grenzüberschreitendes CarSharing.

WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Im Bereich der wirtschaftlichen Positionierung und der wirtschaftlichen Entwicklung setzt die IBK deutliche Akzente auf die Umsetzung von Ideen zur Förderung von Kooperationen und zur Bildung von Netzwerken. Basis hierfür sind darüber hinaus sieben zwischen der Schweiz und der EU abgeschlossene bilaterale Abkommen mit ihren Auswirkungen auf Arbeitsmarkt, Wissenstransfer und Technologie der Bodenseeregion.

Im Rahmen der betrieblichen Ausbildung sei hier das Programm xchange erwähnt, bei dem jeder Lehrling vier Wochen seiner Ausbildung in einer Firma eines anderen Landes absolvieren kann. Im Gegenzug kommt ein Lehrling der Austauschfirma in das eigene Unternehmen. xchange hilft bei der Suche nach einer geeigneten Firma und bei der Organisation und bei der Finanzierung. Unter www.jobs-ohnegrenzen.org wurden alle Adressen der Anlaufstellen und Ansprechpartner für

Jugendliche nach geographischer Zuständigkeit zusammengefasst.

Für die beteiligten Firmen hat das Projekt entschiedene Vorteile: Über die grenzüberschreitenden Kontakte mit dynamischen Firmen ergibt sich die Chance, interessante Partner für Kooperationen kennen zu lernen und neue Märkte oder Lieferanten zu finden. Außerdem kann sich die Firma mit dem Austauschprogramm in der Öffentlichkeit als innovativer Ausbildungsbetrieb profilieren.

Die konkreten Ziele der Arbeit bestehen generell in der Wahrnehmung der EUREGIO-Bodensee als ein gemeinsamer Arbeitsmarkt, dann im Abbau von Informationsdefiziten, damit der Arbeitsmarkt wirksam koordiniert werden kann und in der Aufdeckung von regionalen Ungleichgewichten im grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt

Für die statistische Erfassung der gesamten Region wurde auf der Basis der Zahlen von 2003 die Publikation „Im Fokus – die REGIO Bodensee. Bevölkerung · Beschäftigung und Arbeitsmarkt. Ausgewählte Branchen, Verkehr, Bildung, Private Ausgaben“ vorgelegt. Sie fokussiert – nach dem eben erwähnten statistischen Arbeitsplatzmonitoring – die Entwicklung weiterer wirtschaftlich relevanter Themenbereiche, mit dem Ziel, die Struktur der Region sowie ihre Entwicklungschancen herauszuarbeiten.

Für den Arbeitsmarkt steht seit dem Oktober 2003 mit dem Statistischen Arbeitsmarktmonitoring der Euregio Bodensee (EURES) ein leistungsfähiges Instrument zur Verfügung. Es basiert auf einem europaweiten Netzwerk von Arbeitsverwaltungen und Sozialpartnern zur Förderung von Mobilität auf dem Arbeitsmarkt und hat als EURES-Bodensee zum Ziel, die Bedingungen für die Arbeitsmobilität im internationalen Bodenseeraum zu verbessern.

Das gerade in der Bodenseeregion aktuelle Phänomen der grenzüberschreitenden Pendler (Gesamtzahl ca. 35 000) untersucht die Studie „Hintergründe der grenzüberschreitenden Pendlerströme in der Bodenseeregion“, 2006 am Institut für sozialwissenschaftliche Regionalforschung in Bregenz veröffentlicht. Wenn auch die Feststellungen der Studie durchaus den Erwartungen entsprechen – so z. B. dass

das Fürstentum Liechtenstein und der Schweizer Beobachtungsraum, beide mit dem höchsten Einkommensniveaus in der Bodenseeregion, auch Hauptziele der Pendlerströme sind, sind doch die statistischen Nachweise notwendige Voraussetzung für eine überregionale Planung.

Für die Pendler selbst bildet einerseits der Unterschied zwischen hohem Lohnniveau in der Schweiz oder in Liechtenstein und niederen Lebenshaltungskosten in Baden-Württemberg oder Vorarlberg einen Anreiz.

TOURISMUS

Zum Bereich Wirtschaft und Arbeit gehört aber auch die Stärkung eines umwelt- und sozialverträglichen Tourismus. Dieser Aufgabenbereich muss einerseits in seiner kurz- und mittelfristigen Entwicklung gesehen werden, andererseits auch langfristig die Prognosen des Klimawandels berücksichtigen. Die Arbeit wurde hier zunächst von einer Kommission Umwelt und Tourismus geleistet, seit 2005 ist die Arbeitsgruppe Touristik der Kommission Wirtschaft zugeordnet.

Basis für diese Arbeit ist die statistische Erfassung „Tourismus in der Euregio Bodensee. Eine deskriptive Analyse“. Sie stellt zunächst das regionale Ungleichgewicht in den Bodensee-Regionen fest, insofern als von den insgesamt 28 039 825 Gästeübernachtungen 48% auf die deutschen Landkreise, 23% auf die Schweizer Kantone, 29% auf das österreichische Bundesland Vorarlberg und nur 0,6% auf das Fürstentum Liechtenstein entfielen. Vorsichtige Hochrechnungen auf die nicht erfassten Übernachtungen ergeben eine Gesamtsumme von rund 34 571 000.

Die Berechnung ergab im Jahr 2003 einen Mittelwert von 9,5 Übernachtungen pro Einwohner. Das nördliche Bodenseeufer wird dabei wesentlich stärker frequentiert (16 Ü/ Einw.) als das südliche (4 Ü/ Einw.). Spitzenreiter im Einzelvergleich war der Landkreis Oberallgäu, Schlusslicht die kreisfreie Stadt Kempten und der Kanton Schaffhausen.

Interessant ist die Untersuchung über die Herkunft der Übernachtungsgäste: Während in den deutschen Landkreisen der Bodenseeregion im Jahr 2003 über 90% der in der amt-

lichen Statistik erfassten Übernachtungen auf Inländer entfielen, war der Anteil der Inländer in den Schweizer Kantonen mit 43% bereits deutlich geringer. Da diese Zahl jedoch die sogenannte „Parahotellerie“ nicht mit einrechnet, ist dieser Anteil möglicherweise nicht korrekt angegeben. Inländer spielen jedoch in Vorarlberg mit 11% eine völlig untergeordnete Rolle, während 65% der Übernachtungen auf Gäste aus Deutschland entfielen.

Jahreszeitliche Differenzen ergeben sich vor allem bei Vorarlberg, wo naturgemäß der Löwenanteil der Übernachtungen auf die Wintermonate – mit deutlicher Spitze im Februar – entfällt. In der übrigen Bodenseeregion werden die meisten Übernachtungen in den Sommermonaten Juli bis September verzeichnet.

Konkrete Ergebnisse legt die IBK bereits 2002 mit dem Abschlussbericht der „Schwachstellenanalyse Bodensee-Rundwanderweg“ vor. Dieser war vor Zeiten angelegt, inzwischen aber weitgehend in Vergessenheit geraten und über größere Strecken gar nicht mehr beschildert. Um ihn touristisch nutzen zu können, musste er aufgewertet und neu orientiert werden.

Da der Weg allerdings kaum in ganzer Länge abgeschritten wird und daher den Charakter als Rundweg nicht eigentlich hat, wurde, um Verwechslungen mit dem Radweg zu vermeiden, vorgeschlagen, ihn kurz „Bodenseeweg“ zu nennen.

In der Analyse wurden auch Entwicklungspotenziale für die einzelnen Seeabschnitte formuliert.

Als Ergebnis der anschließenden Umsetzung konnte die IBK im März 2005 eine neue Broschüre über den Bodenseepfad vorstellen. Alle 17 Teilstrecken des Wanderwegs wurden mit gut 200 informativen und grafisch ansprechenden Tafeln ausgestattet und sind wieder als „Bodenseepfad“ erkennbar. Die 32-seitige Broschüre enthält neben kurzen Beschreibungen der einzelnen Teilstrecken auch Ausgangspunkte, Wegeverläufe, Streckenlängen und die Kontaktadressen der örtlichen Tourist-Informationen für die individuelle Ausflugsplanung. Die Tafeln am Weg enthalten Texte, Illustrationen, Kinderfelder, Fotos, Piktogramme sowie Logos der Sponsoren und Herausgeber. Über 700 eigens dafür ent-



Der Bodenseepfad führt als Natur- und Wanderpfad an den interessantesten Stellen des Sees vorbei

© pragmadeSIGN Konstanz

wickelte didaktisch vereinfachten Illustrationen von Pflanzen und Tieren des Bodensees vermitteln genau auf den jeweiligen Tafelstandort abgestimmte Informationen.

Mittlerweile hat die Internationale Bodensee-Tourismus GmbH (IBT) zum Leitbild der IBK Stellung genommen und vorgeschlagen, den Tourismus eigens zu thematisieren (Pressemeldung vom 18. März 2008). Sie bemängelt, dass sie zwar im alten Leitbild erwähnt war, im neuen aber nicht mehr explizit erwähnt wird. Sie gründet ihren Vorschlag auf der Tatsache, dass der Tourismus schon seit Jahrzehnten wesentliches Element einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am See, ebenso wie die Themen „Gewässerschutz“ und „Verkehr“, sei. Mittlerweile sei die IBT mit einer flächendeckenden, effizienten und gerechten Struktur eine grenzüberschreitende Organisation, die als funktionierendes Netzwerk Vorbildcharakter habe und damit Potenziale für andere Bereiche im internationalen Bodenseeraum biete. Schließlich und endlich sei der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor am See, von dem bis zu 10% der Wirtschaftsleistung abhängen, in der „Vermarktung“ der Region als solcher stehe sie im Wettbewerb mit anderen Destinationen und bedürfe deshalb der besonderen Würdigung und Unterstützung durch die IBK.

GESUNDHEIT UND SOZIALES

Im Bereich Gesundheit und Soziales soll die Zusammenarbeit in der Bodenseeregion in der Gesundheitsvorsorge sowie in der gesundheitlichen Förderung und Versorgung weiter verbessert werden; vor allem soll die grenzüberschreitende Nutzung entsprechender Einrichtungen erleichtert bzw. ermöglicht werden. Dazu sind allerdings versicherungsrechtliche Fragen zu klären.

Als aktuelles konkretes Projekt ist hier der „3. IBK-Preis für Gesundheitsförderung und Prävention“ zu nennen, der für die Realisierung innovativer, wirkungsvoller und multiplizierbarer Ideen im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention verliehen wird. Im Rahmen eines Wettbewerbs wurden von Oktober 2007 bis Januar 2008 in der Bodenseeregion beispielhafte Projekte gesucht, die andere Fachleute und Interessierte zu eigenen Aktivitäten anregen und den Austausch fördern. Die nominierten Projekte wurden anlässlich des internationalen IBK-Fachsymposiums am 17. April 2008 in Bregenz vorgestellt.

Ein zweites aktuelles Thema ist die Alkoholprävention bei Jugendlichen. In einer grenzüberschreitenden Tagung diskutierten am 16. 11. 2007 im Landratsamt Konstanz

Verantwortliche und Interessierte aus der Kommunalverwaltung, der Politik, Jugendarbeit, Schulen, der Suchtprävention und der Gesundheitsförderung besonders über die Rolle der Kommunen und der Lebenswelten von Jugendlichen im Rahmen der Alkoholprävention und tauschten ihre Erfahrungen mit einem kommunal(politisch)en Präventionsansatz aus. Veranstalter waren der Landkreis Konstanz und das Projekt b.free Supro, Werkstatt für Suchtprophylaxe (Vorarlberg) mit dem Projekt „Mehr Spaß mit Maß“ und die Radix Gesundheitsförderung (Schweiz) mit dem Projekt „Die Gemeinden handeln“.

RAUMENTWICKLUNG

Die Raumentwicklung am Bodensee geht vom Charakter des Raums als Natur- und Kulturlandschaft von besonderem Rang aus. Sie setzt sich einerseits das Ziel, die natürlichen Ressourcen sparsam einzusetzen und sie dauerhaft zu sichern, andererseits die Zielkonflikte mit Tourismus, Wirtschaft, Siedlungsentwicklung und Verkehr im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung zu lösen.

An konkreten Zielen steht der Schutz, die Erhaltung und die Sicherung des freien Uferzugangs im Vordergrund, ebenso wie die Reduzierung des Flächenverbrauchs und die Stärkung des ländlichen Raums.

DIE BODENSEE-AGENDA 21 UND DIE BETEILIGUNG DER JUGEND

Hierher gehört auch die Bodensee-Agenda 21. Sie geht zurück auf das Bestreben, die Beschlüsse der UNO-Konferenz von Rio de Janeiro von 1992 auf den Bodenseeraum zu übertragen und auch hier, im kleineren Maßstab, eine sozial-, wirtschaftlich- und umweltgerechte nachhaltige Entwicklung anzustreben. Nach dem dazu 1997 initiierten Vorprojekt der Kommission Umwelt der IBK empfahl im folgenden Jahr der Ständige Ausschuss der IBK den beteiligten Regierungschefs einen sanften Einstieg in den Agenda Prozess. 2000 wurden unter dem Motto: „Wir knüpfen ein Netz“ Vernetzungsinfrastrukturen aufgebaut, die Kommunikation und die Erfüllung gemeinsamer Zielvorgaben sichern sollten.

Informations- und Fortbildungsveranstaltungen zu den Themen „Beispielhafte Agenda Projekte in der Regio Bodensee“ und „Nachhaltigkeit und Lokale Agenda 21 für Gemeinden“ bildeten erste übergreifende Plattformen.

Die folgenden Jahre thematisierten bestimmte Einzelfelder der Agenda 21, so 2001 das Thema „Wirtschaft und Verkehr“, 2002 „Lebensräume – Lebensträume: Raum sinnvoll nutzen“, 2003 „Jugendliche mischen mit“ und 2004 „Nachhaltigkeit sichtbar gemacht“. Die Nachhaltigkeit der Projekte wurde dadurch betont, dass sie in diesen Jahren nur angestoßen, in den folgenden Jahren aber jeweils fortgeführt, evaluiert und gesichert wurden. So wurde 2002 ein Aktionsprogramm speziell für Kinder und Jugendliche gestartet, das 2003 zum Hauptthema erhoben wurde. Den Jugendlichen der Region sollte eine Plattform gegeben werden, selbst Zielvorstellungen für ihre eigene Zukunft entwickeln und sich ein- und mitmischen zu können.

Im Oktober 2006 fand der erste Jugendenergietag in Vorarlberg, im November 2007 der zweite in Ravensburg statt, in deren Rahmen Exkursionen zu beispielhaften Projekten sowie Informationsaustausch und Gespräche mit Experten angeboten wurden. Ziel der Jugend-Energie-Tage ist es, Jugendlichen nachhaltige Energiewirtschaft in der Praxis vorzustellen. Die Jugendlichen sollen in der Praxis erleben, welche Bedeutung dem Thema zukommt und welche Auswirkungen nachhaltige Energiewirtschaft auf Umwelt und Gesellschaft hat bzw. haben kann. Den Jugendlichen soll auch aufgezeigt werden, welche Berufe damit verknüpft sind.

Kapitel 25 der in Rio beschlossenen Agenda 21 gibt vor: „Es ist zwingend erforderlich, dass Jugendliche aus allen Teilen der Welt auf allen für sie relevanten Ebenen aktiv an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden, weil dies ihr heutiges Leben beeinflusst und Auswirkungen auf ihre Zukunft hat. Zusätzlich zu ihrem intellektuellen Beitrag und ihrer Fähigkeit, unterstützende Kräfte zu mobilisieren, bringen sie einzigartige Ansichten ein, die in Betracht gezogen werden müssen.“ Die Bodensee Agenda 21 nimmt diesen Auftrag wörtlich und veranstaltet seit 2003 Jugendgipfel als

Forum, wo sich Jugendliche beteiligen können – nicht als große Spielwiese, sondern als Ort für ernsthafte Diskussionen mit den richtigen Leuten.

Auf dem ersten Internationalen Bodensee-Jugendgipfel am 14. November 2003 im Graf-Zeppelin-Haus in Friedrichshafen wurde von den Jugendlichen eine Deklaration diskutiert und verabschiedet. Sie enthielt Empfehlungen und Forderungen an die Politik. Auf dieser Basis widmete sich der zweite Jugendgipfel am 18. November 2005 im Festspielhaus Bregenz der Frage, was davon umgesetzt wurde und was nicht und wie Politiker und Entscheidungsträger auf die Ergebnisse der Jugendlichen reagiert haben. Darüber hinaus standen alte und neue Themen im Vordergrund, die via Internetabstimmung von den Jugendlichen ausgewählt wurden: Bildung und Arbeitsmarkt, Menschenrechte und Integration, Energieträger und Klimaprobleme, Konsumverhalten und Egoismus sowie Politische Beteiligungsmöglichkeiten.

Der 3. Bodensee-Jugendgipfel ist für den 24. Oktober 2008 in Liechtenstein geplant. Dieser Gipfel soll sich einerseits in die Tradition der beiden vorhergehenden Veranstaltungen einreihen, soll aber andererseits den Auftakt zum aktuellen Jugendprogramm der Bodensee Agenda 21 in den Jahren 2008 bis 2010 markieren. Dieses soll mit dem 4. Internationalen Bodensee-Jugendgipfel im Jahr 2010 abgeschlossen werden.

Beim 2. Internationalen Bodenseegipfel 2005 in Bregenz wurde die Idee einer Broschüre geboren, die verschiedene Modelle politischer Beteiligungsmöglichkeiten in der Region vorstellt. Sie wurde bis Ende 2006 von Jugendlichen erarbeitet und am 24. 11. 2006 in Kreuzlingen als Broschüre mit dem Titel „Jugend begegnet Politik“ der Öffentlichkeit präsentiert. Die Jugendlichen untersuchten für diese Publikation verschiedene Beteiligungsmodelle und bewerteten sie. Mit dem Überblick über die Bandbreite der Möglichkeiten politischer Partizipation sollten Impulse für Politiker gesetzt und Anregungen für Jugendliche gegeben werden.

Im Schlusswort werden acht „Elemente eines idealen Beteiligungsmodells“ formuliert, von denen sechs hier zitiert werden:



2. Bodensee-Jugendgipfel: Jugendliche knüpfen ein Netz
© IBK-Archiv

1. *Grundlage eines Beteiligungsmodells sind Parteiunabhängigkeit und freiwilliges Engagement der Jugendlichen.*
2. *Es ist wichtig, einen Rahmen für Jugendbeteiligung zu schaffen. Es braucht ein Gremium, welches dauerhaft die Interessen der Jugendlichen vertritt. Dadurch wird die Kontinuität gesichert, es gibt klare Ansprechpartner, und Erfahrungen können an Jüngere weitergegeben werden. Dazu gehört auch eine Ansprechperson für die Jugendlichen, die zwischen Politik/Verwaltung und den Jugendlichen agiert. Sie hilft weiter bei Problemen, vermittelt Kontakte und gibt Tipps.*
3. *Es braucht einen echten Dialog zwischen Jugendlichen und Politikern. Wenn sich Jugendliche engagieren, dann haben sie ein Recht, dass sie und ihre Anliegen ernst und wohlwollend aufgenommen werden.*
- ...
5. *Es ist wichtig, projektbezogen zu arbeiten. Die Jugendlichen arbeiten bei den für sie interessanten Themen mit. Dadurch können viele Jugendliche angesprochen werden.*
- ...
7. *In der Politik dauert es sehr lange von der Idee bis zur Umsetzung des Projekts. Dies wirkt sich in der Arbeit mit Jugendlichen besonders negativ aus, da die beteiligten Jugendlichen oft nicht mehr dabei sein können, wenn ihre Ideen umgesetzt werden. Darum müssen die Ideen Jugendlicher schnell angepackt werden.*

8. *Ein ideales Jugendbeteiligungsmodell schafft es, Jugendliche aus allen Bildungsstufen und Nationen zu beteiligen.*

Die IBK Regierungschefs und -vertreter befürworteten auf ihrer Konferenz am 1. Dezember 2006 in Zürich die Fortführung der Bodensee Agenda 21 in den Jahren 2007 bis 2010.

PERSPEKTIVEN

Wie das Regierungspräsidium in Tübingen im Dezember 2007 mitteilte, konstituierte sich der Begleitausschuss des EU-Förderprogramms „Interreg Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ in Konstanz, an dem Vorarlberg, Baden-Württemberg und Bayern, neun Schweizer Kantone sowie das Fürstentum Liechtenstein beteiligt sind. Durch grenzüberschreitende Projekte soll das Zusammenwachsen Europas gefördert und die grenzbedingten Nachteile überwunden werden.

In der vierten Förderrunde sollen „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Innovation“ sowie „Standortqualität und Ressourcenschutz“ Schwerpunkte sein. Tübingens Regierungspräsident Hermann Strampfer kündigte „neue Impulse“ an. Bei grenzüberschreitenden Projekten unter anderem in den Bereichen Wirtschaft, Tourismus, Infrastruktur, Bildung, Forschung, Standortqualität, Raumplanung, Mobilität, Energie, Umwelt- und Naturschutz, Kultur sowie Gesundheit und Soziales könnten bis zu 60 Prozent der Kosten gefördert werden.

Allein für Baden-Württemberg, Bayern und das österreichische Vorarlberg stellt die EU-Kommission bis 2013 rund 24 Millionen Euro und damit rund sechs Millionen Euro mehr als bisher zur Verfügung.

Zehn regionale Tourismusverbände rund um den Bodensee erarbeiten mit Mitteln aus dem Interreg-Programm „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ seit Januar 2008 ein Projekt mit der Zielsetzung, anlässlich der Fußball-EM den heimischen Tourismusstandort einer internationalen Öffentlichkeit zu präsentieren. Die gemeinsame Aktion stärke nicht nur die Zusammenarbeit, sondern erhöhe auch die Aussichten, medienwirksam wahrgenommen zu werden, betonten der Vorarlberger Landeshauptmann Sausgruber und Tourismuslandesrat Manfred Rein bei der Vorstellung des Projekts im Februar 2008.

Die Gesamtkosten für das Projekt, an dem sich auch „Vorarlberg Tourismus“ beteiligt, belaufen sich auf rund 252 000 Euro. Die Koordination des Projekts wird von der Internationalen Bodensee Tourismus GmbH (IBT) abgewickelt.

Die Einzelnachweise zu diesen Ausführungen finden sich ab 15. 6. in der Projektbeschreibung „Internationale Bodenseekonferenz“ auf dem Landesbildungsserver Baden-Württemberg unter www.gemeinschaftskunde-bw.de.



Anschrift des Autors:
Dr. Christoph Bühler
Lochheimer Straße 18
69124 Heidelberg